

Initiative Familie und Beruf: Abstimmungskampf eröffnet

DESIRÉE VOGT

SCHAAN. Am 18. September stimmen die Liechtensteiner über die Initiative der Wirtschaftskammer ab – und damit darüber, ob die Kita-Förderungen und das Taggeld bei der Mutterschaft neu über die Familienausgleichskasse (FAK) entrichtet werden sollen. Mit dem Hauptstlogan «Schwangerschaft ist keine Krankheit» wollen sie die Bevölkerung nun aktiv über Sinn und Zweck der Initiative informieren und auch mit Missverständnissen und Unklarheiten aufräumen. Die Initianten waren in den Sommerferien deshalb fleissig

und haben sich Gedanken darüber gemacht, wie die Wähler angesprochen werden sollen, damit sie sich auch wirklich richtig informieren.

Trailer, Talks, Flyer, Plakate

Schnell und einfach können sich die Liechtensteiner ab sofort entweder auf Facebook in der Gruppe «Familie und Beruf» oder über die insgesamt 12 Trailer «Die Initiative in Sekunden» informieren. Die Trailer sind auch auf YouTube einsehbar. Ausserdem sollen bis zur Abstimmung Talks und Interviews auf 1FLTV und Radio Liechtenstein ausgestrahlt werden. Mit

riesigen Plakaten am Gebäude der Wirtschaftskammer wollen die Initianten zudem sichergehen, dass die Wichtigkeit der Initiative erkannt wird. Aber auch kleine Flyer klären die Wählerinnen und Wähler über die wichtigsten Punkte auf. Am wichtigsten ist für die Initianten, dass sie im Rahmen der Lihga am Stand der Wirtschaftskammer persönlich ins Gespräch mit den Liechtensteinern kommen können.

Mehrheit spricht Machtwort

«Wir nehmen die Herausforderung an», so der Tenor auf die Frage, ob denn diese Volksabstimmung wirklich nötig sei.

Schliesslich hat der Landtag der Initiative mit 13 Stimmen zugestimmt – mehrheitlich aber trotzdem eine Abstimmung gefordert. Dieses Vorgehen sei sicher enttäuschend gewesen, zumal es auch im Rahmen der Unterschriftensammlung keine negativen Stimmen gegeben habe. Und die Regierung habe die Gegner sogar mittels Inserat suchen müssen, was für die Initiative spreche. «Letztlich sind wir aber auch genauso glücklich darüber», so Wirtschaftskammer-Präsident Arnold Matt. So spreche die Mehrheit ein Machtwort, was am Ende immer die beste und klarste Lösung sei. ▶ INLAND 3

Fakten - Antworten - Klartext

Man nehme die jeweils ersten Buchstaben der obigen drei Wörter und schon hat man, worum es bei der Initiative «Familie und Beruf» der Wirtschaftskammer geht: FAK. Wichtig ist aber auch zu verstehen, was dahintersteckt.

DESIRÉE VOGT

SCHAAN. Die Botschaft der Initianten ist klar: Schwangerschaft soll nicht länger als Krankheit angesehen werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll durch die Wirtschaft gefördert werden. Und der Staat oder Steuerzahler ist finanziell nicht betroffen. Wie das gehen soll? Indem die Kita-Förderungen und das Taggeld bei der Mutterschaft künftig von der Familienausgleichskasse getragen werden. Eine Kasse, die über 155 Millionen an Reserven verfügt und damit das Dreifache der gesetzlich vorgeschriebenen Reserve von 52 Millionen übersteigt.

Nun geht es darum, zu entscheiden, wie diese Reserven sinnvoll eingesetzt werden können. Geht es nach den Initianten, ist es klar: Sie sollen der Wirtschaft als auch den Arbeitgebern zugute kommen. Für sie ist aber auch klar, dass in diesem Reservenabbau das stärkste Argument der Gegner liegen wird. Dieses Argument sowie viele weitere mehr wollen sie nun mit ihrer Kampagne widerlegen.

Argumente der Gegner entkräften

Als die Initiative am 9. Juni diesen Jahres im Landtag behandelt wurde, waren viele der Initianten persönlich im Parlament und haben die Diskussion mitverfolgt. «Zum Teil wurden seltsame Argumente vorgebracht», wundert sich Präsident Arnold Matt noch immer über den Verlauf der Diskussion. Und auch darüber, was die von der Regierung doch noch gefundenen



Bild: Daniel Schwendener

Hans-Peter Tschüscher, Präsident Arnold Matt, Isabell Schädler, Geschäftsführer Jürgen Nigg und Gunilla Marxer-Kranz (v. l.) gaben Orientierung zur Initiative und wie die Wähler sich ab sofort schnell und einfach darüber informieren können.

Gegner immer wieder behauptet haben. So stimme es weder, dass das entzogene Geld später für Familienzulagen fehle, noch, dass selbstständigerwerbende Frauen kein Mutterschaftsgeld erhalten würden. Auch das Kindergeld sei nicht in Gefahr und die Kita-Gelder würden nicht ins Ausland exportiert. So entkräften die Initianten auch die Behauptung der Gegner, dass die FAK-Beiträge nicht ausreichen, um die Kosten für die Kindertagesstätten (1,5 Mio. Franken) und die Kosten für die Tagelder bei

der Mutterschaft zu tragen. «Es mag durchaus sein, dass die FAK im Jahr 2015 nur ein Gesamtergebnis von 1,6 Mio. Franken erwirtschaftet hat – doch hier wird ein einziges schlechtes Börsenjahr aufgezeigt», stellt er klar. Die FAK verfüge über 155 Mio. Franken Reserven und habe im Zehnjahresschritt jährlich ein Plus von 7,5 bis 8 Mio. Franken erwirtschaftet. Der Fonds werde weiterhin jährlich durch die Arbeitgeber mit 55 Millionen gefüllt, wobei die gesetzlich vorgeschriebene Reserve bei nur 52

Mio. Franken liege. Selbst Regierungsrat Mauro Pedrazzini habe sich dazu in einem Interview klar geäußert: «Es fliesst noch viel Wasser den Rhein hinunter, bis wir auf einen kritischen Stand kommen.»

«Müsste eigentlich klar sein»

Die Initianten sind überzeugt: Diese Initiative bietet nur Vorteile für Familien. Schwangerschaften würden nicht mehr länger als Krankheit angesehen und der Wiedereinstieg in die Berufswelt werde durch die finanzielle Un-

terstützung seitens der Wirtschaft erleichtert. Eine Ausgrenzung von Frauen im Arbeitsmarkt werde verhindert und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf endlich gefördert. Ausserdem werde die Krankentaggeldprämie bis zu 15 Prozent jährlich günstiger.

Aber sehen das auch die Wähler so? «Die Chance ist gross», so Präsident Arnold Matt. «Wenn sie sich wirklich mit dem Inhalt der Initiative auseinandersetzen, müsste der Fall eigentlich klar sein.»